



GREEN BUDGET GERMANY

FORUM ÖKOLOGISCH-SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

PRESSEMITTEILUNG VOM 23.07.2010

WIDERSTAND GEGEN FLUGTICKET-ABGABE BRÖCKELT

Vertreter von Flug- und Tourismuswirtschaft sprechen sich für Abgabe aus

Nach dem massivem Widerstand der Luftfahrt-Lobby der letzten Tage gegen die Flugticket-Abgabe erfährt diese mittlerweile sogar überraschende Unterstützung von Vertretern der Flug- und Tourismuswirtschaft selbst. Bereits im Juni begrüßte alltours-Chef Willi Verhuvén die geplante Einführung: **„Der Einstieg in eine wie auch immer umschriebene Besteuerung von Flugbenzin ist längst überfällig.“** Schließlich würden auch andere Energiearten wie Heiz- und Mineralöl besteuert. Und auch Fraport-Chef Stefan Schulte – Chef des größten Flughafens Deutschlands – sieht der Flugticket-Abgabe in der heutigen SZ-Ausgabe gelassen entgegen: **„Wegen 10 oder auch 13 Euro werden letztlich nur wenige Passagiere ins Ausland ausweichen.“** So sei auch der Rückgang des Fluggastaufkommens in den Niederlanden eher konjunkturell bedingt und weniger auf die Einführung der dortigen Ticket-Abgabe zurück zu führen gewesen. Schulte bezweifelt für die Einführung einer solchen Abgabe in Deutschland ebenfalls einen nennenswerten Passagierschwund und einen damit verbundenen Stellenabbau, wie ihn Teile der Flugverkehrslobby prophezeiten.

Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) sieht darin ein Aufbrechen des Widerstands seitens der Flugverkehrsindustrie und begrüßt diese Entwicklungen ausdrücklich. Dr. Anselm Görres, Vorsitzender des FÖS, meint dazu: **„Hier trennt sich die Spreu vom Weizen – die Populisten von den Experten. Jeder, der die Flugticket-Abgabe einmal unideologisch betrachtet, erkennt, dass es sich hier um eine sinnvolle und längst überfällige Maßnahme handelt.“** Gemäß dem Verursacherprinzip müssten wie in anderen Bereichen auch dem Flugverkehr die tatsächlich entstehenden Kosten etwa in Form von Klimaschäden in Rechnung gestellt werden. Angesichts der bisherigen ungerechtfertigten Wettbewerbsvorteile zugunsten des Flugverkehrs durch die fehlende Kerosin-Besteuerung sowie die Mehrwertsteuerbefreiung für internationale Flüge in Höhe von 7,2 und 4,2 Mrd. Euro sei die Ticket-Abgabe nur ein Tropfen auf en heißen Stein, der längst überfällig sei. So könne die bisherige Benachteiligung anderer Verkehrsmittel wie von Bussen und Bahnen zumindest teilweise abgemildert werden.

Zudem drängt das FÖS auf die Beibehaltung der Abgabe auch nach Einbeziehung des Flugverkehrs in den Emissionshandel. **„Da zunächst 85 Prozent der Zertifikate umsonst zugeteilt werden und auch das Cap, also die Emissionsobergrenze für den Flugverkehr, nur minimal unter dessen bisherigen CO₂-Ausstoß liegt, ist die dauerhafte Einführung der Flugticket-Abgabe notwendig“**, erklärt Damian Ludewig, Geschäftsführer des FÖS. Zudem seien die bisherigen Steuervergünstigungen von gut 11 Mrd. Euro wesentlich höher als die zu erwartenden Versteigerungserlöse aus dem Emissionshandel von etwa 100 Mio. Euro.

Unter http://www.foes.de/pdf/Argumentationsleitfaden_Ticket-Abgabe.pdf finden Sie einen vom FÖS erarbeiteten Argumentationsleitfaden zur Flugticket-Abgabe.

Unter http://www.foes.de/pdf/Nachhaltig_aus_der_Krise.pdf finden Sie eine ausführliche Studie des FÖS im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung zur Ökologischen Gegenfinanzierung der Krisenkosten.

Kontakt: Damian Ludewig, FÖS-Geschäftsführer (0170-8902680)

Das FÖS versteht sich als Sammelbewegung unabhängiger Vordenker und ist gegenüber Entscheidungsträgern und Multiplikatoren Anstoßgeber wie Konsensstifter in der Debatte um eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft. Das FÖS setzt sich dafür ein, die soziale Marktwirtschaft zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft weiter zu entwickeln. Die Marktwirtschaft hat sich nach Auffassung des FÖS bisher als effizienteste Wirtschaftsform erwiesen. Um dem Menschen optimal zu dienen und gleichzeitig die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen, muss sie jedoch einen starken staatlichen Rahmen mit entsprechenden ökologischen und sozialen Leitplanken bekommen. Das FÖS unterstützt Bestrebungen, neben verlässlichen sozialen Sicherheitssystemen auch den Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente in der Umweltpolitik zu stärken.